Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 13

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

verrat, Spionage, vorsätzlicher Tötung, Strassenraub eingeführt, später auf wirtschaftliche Verbrechen grösseren Ausmasses, Fälschung, Gewaltakten bei Gewohnheitsverbrechern innerhalb von Gefängnissen. Seit Juli 1961 steht auch auf schwere Verstösse gegen die Währungsbestimmungen der Tod. Im Februar 1962 fand nochmals eine Erweiterung statt: auf Anschläge auf das Leben, die Gesundheit, die Ehre der Polizei und Miliz, auf bestimmte Fälle von Notzucht und Bestechung. Unter den neuen Bestimmungen wurden allein im Jahr 1962 über 100 Personen in der Sowjetunion wegen Wirtschaftsvergehen hingerichtet.

Die «Sozialgefährlichkeit»

Die These der *Sozialgefährlichkeit* ist die Grundlage des sowjetischen Begriffs vom Verbrechen und damit auch des ganzen Strafrechts. Entsprechend den Lehren der Ideologie wird diese Sozialgefährlichkeit als Klassenerscheinung betrachtet, welche sich der Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft anpasst, also dauernder Veränderung unterworfen ist. Die Sozialgefährlichkeit ist Tatbestandselement jedes Deliktes: ohne Sozialgefährlichkeit gibt es kein strafrechtliches Vergehen.

Der Verbrechensbegriff wird durch Art. 7 des neuen Strafgesetzbuches der RSFSR (StGB) von Ende 1960 folgendermassen umschrieben: «Das Verbrechen ist eine im besonderen Teil dieses Gesetzbuches enthaltene sozialgefährliche Handlung (Tat oder Unterlassung), welche gegen das sowjetische Gesellschafts- oder Staatssystem, gegen die sozialistische Wirtschaft, das sozialistische Eigentum, die politischen, Arbeits-, Vermögens- und andere Rechte der Staatsbürger, sowie gegen andere, die sozialistische Rechtsordnung berührende Interessen verstösst. Kein Delikt ist reine Tat oder Unterlassung.

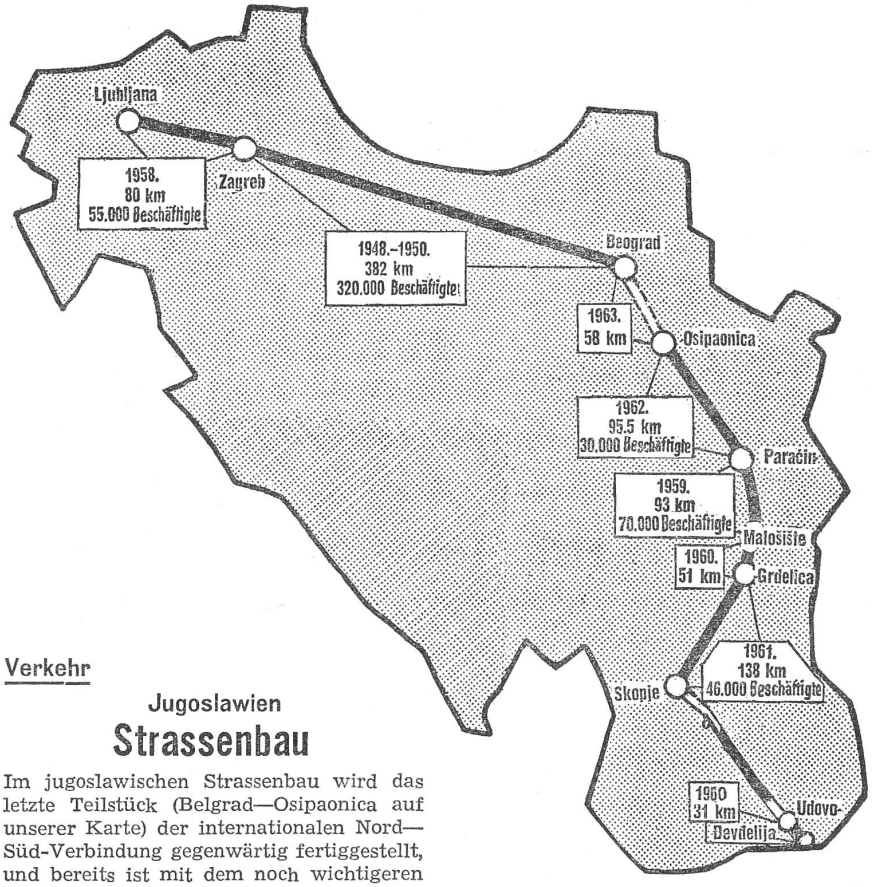
Das Spiel mit der Sozialgefährlichkeit ermöglicht weitgehende Missbräuche. Wie die Sowjetgelehrten erklären, stellt die Sozialgefährlichkeit das *wichtigste Kriterium* jedes Verbrechens dar. Nicht die formellen Kriterien des Verbrechens und der Schuld müssen im Gerichtsurteil berücksichtigt werden, sondern die Sozialgefährlichkeit. Ein Urteil ohne Hinweis auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge, auf die Sozialgefährlichkeit, wäre ein reiner Formalismus. («Lajos Bòlya»: A törvényesség és a büncselekény àrsadalomra veszélyességének kérdése pgyészségünk gyakorlatàban. — Die Gesetzlichkeit und die Frage der Sozialgefährlichkeit der Strafhandlung in der Praxis unserer Staatsanwaltschaft. «Jugtudomànyi Közlöny», Budapest, Nr. 2/1952, S. 71.) Art. 43 und Art. 5 des StGB der RSFSR übertreiben sogar das Spiel mit der Sozialgefährlichkeit: wenn die begangene Strafhandlung zur Zeit der Untersuchung oder Gerichtsverhandlung infolge veränderter Verhältnisse (!) ihren sozialgefährlichen Charakter verliert oder die Person aufhört, sozialgefährlich zu sein (in die Partei aufgenommen usw.), darf der Täter von der strafrechtlichen Verantwortung befreit werden.

Die Sozialgefährlichkeit hat zwei Seiten: subjektive und objektive. Der Richter muss die Sozialgefährlichkeit der Tat und des Täters getrennt prüfen, wobei in den Volksdemokratien der Schwerpunkt immer noch auf die subjektive Sozialgefährlichkeit gelegt wird. Die These der subjektiven Sozialgefährlichkeit führt uns zur Klassenjustiz, zur strafrechtlichen Verfolgung des Klassenfeindes.

*

Somit ist in der heutigen kommunistischen Justiz vieles gleichgeblieben wie zu Zeiten Stalins und Wyschinskis. Theoretisch und praktisch sind keine überwältigende Aenderungen festzustellen. Aber der Staatsanwalt von Schitomir kann darüber mehr berichten: «Trotz Wiederherstellung der Leninschen Normen gibt es bei uns noch immer Menschen, die willkürlich handeln. Diese Menschen arbeiten nach dem System ‚Ich mache, was ich will'. Leider gibt es Leute in unserer Justiz, die diese Willkür unter dem Druck ‚örtlicher Machthaber' sanktionieren.»

TL = «Trybuna Ludu», Warschau, Tagesblatt des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Kommunisten). ZW = «Zycie Warszawy» («Unabhängiges Tagblatt»), Warschau. GL = «Glos pracy», Warschau, Gewerkschaftsblatt. «7 dni w Polsce» = Propagandablatt für die polnische Emigration, Warschau. NSZ = «Népszabadság», Tagesblatt des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (Kommunisten), Budapest. MH = «Magyar hirek», Propaganda-Wochenblatt für die ungarische Emigration, Budapest.



Verkehr

Jugoslawien

Strassenbau

Im jugoslawischen Strassenbau wird das letzte Teilstück (Belgrad—Osipaonica auf unserer Karte) der internationalen Nord—Süd-Verbindung gegenwärtig fertiggestellt, und bereits ist mit dem noch wichtigeren Anschluss Richtung Bulgarien begonnen worden.

Die Arbeiten an der 83 Kilometer langen Strasse von Nisch (auf unserer Karte nicht eingetragen, nördlich von Grdelica) bis zur Genze im Osten wurden am 1. April aufgenommen. Die jugoslawische Presse nennt das «einen wesentlichen Teil der Verbindung London—Kalkutta» («Politika»).

Der Entschluss, diese Strasse zu bauen, stellt einen bedeutenden Schritt zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Jugoslawien und Bulgarien dar. Bei dem Besuch des bulgarischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Schiwko Schiwkoff im letzten Jahr in Belgrad war eine grundsätzliche Uebereinkunft erzielt worden.

Die gegenwärtigen Pläne gründen sich in der Hauptsache auf ein Projekt, das bald nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Erwägung gezogen worden war, nach dem Bruch zwischen Moskau und Belgrad im Jahre 1948 aber zurückgestellt werden musste.

Die Strasse soll mit bemerkenswerter Schnelligkeit gebaut werden. Der verantwortliche Bauleiter berichtet «Politika», dass der grösste Teil des Unterbaus bereits in diesem Jahr fertiggestellt sein wird, und 70 Prozent der zur Verfügung stehenden Summe werden im Jahre 1963 noch verbaut werden.

Der schwierigste, aber auch reizvollste Teil der Strasse ist ein 12 Kilometer langes Stück durch die Schluchten von Sicevac. Neun lange Tunnels müssen gebaut werden.

In der jugoslawischen Presse wird immer wieder nachdrücklich betont, dass diese neue Strasse Bulgarien mit dem Westen verbinden wird, via Teil des berühmten Highways der Brüderlichkeit und Einheit, der von der österreichischen bis zur griechischen Grenze verläuft.

Ob und wie weit sich Bulgarien an der Strasse finanziell beteiligt, ist vorläufig noch unbekannt.

Der Strassenbau gehört in Jugoslawien zu den am stärksten vorangetriebenen Volkswirtschaftszweigen. Er dient dem Tourismus, ferner strategischen Ueberlegungen, der politischen Integration der verschiedenen Teilrepubliken, vor allem aber der industriellen Erschliessung des Landes.

Besiedlung

UdSSR

Sibirische Hochbauten

Zu den dezentralisierten Gebieten der Sowjetunion, denen Chruschtschew bevölkerungs- und wirtschaftspolitisch besonderes Interesse entgegenbringt, gehören nicht nur die zentralasiatischen Republiken, sondern auch die weiten Regionen im sibirischen Osten. Ostsibirien bildet einen eigenen Wirtschaftsrayon von eineinhalb Millionen Quadratkilometern, der die Burjatmongolische Autonome Republik und die Gebiete Irkutsk und Tschita umfasst. Ostsibirien hat zwar seine Industrie in den letzten fünf Jahren nahezu verdoppelt, ist aber immer noch weitgehend unerschlossen. Sein potentieller Reichtum ist allerdings gewaltig. Das Bajkalgebiet allein birgt nach sowjetischen Angaben über zwei Milliarden Tonnen Eisenerz von guter Qualität.

Ueber die UdSSR hinaus bekannt sind die Glimmervorkommen von Mami. Beträchtliche Mengen von Rohstoffen zur Erzeugung von Aluminium, Titan, Magnesium sind vorhanden. Auch enthält das Gebiet reiche Lager von Asbest, Graphit, Kaolin, Magnesit usw. Gold Blei, Zink und einige weitere Bodenschätze sind ebenfalls gefunden worden. Rund 140 Millionen Hektar sind in Ostsibirien von Wald bedeckt; die Holzvorräte werden mit 11 Milliarden Kubikmeter angegeben.

OSTSIBIRISCHER WIRTSCHAFTSRAYON

Chruschtschew will sich dieses Potential so rasch als möglich nutzbar machen. Bis Ende des Siebenjahresplanes (1965) müsste Ostsibirien 22 Millionen Tonnen Kohle, 19 Millionen Quadratmeter Holz, 1,3 Millionen Tonnen Zement usw. produzieren können. Die Zahl der Industriebetriebe, die jetzt dem zentralen Volkswirtschaftsrat unterstellt wurden, müsste sich verdoppeln. Eine der Voraussetzungen dazu, der Bau von leistungsfähigen Kraftwerken, scheint sich zu erfüllen. Aber sonst hapert es mit den Bauten und Bau-Investitionen, ebenfalls mit der Zementindustrie. Wenn man etwa Ostsibirien in Parallele zum «Neuland» Kasachstan (frisch erschlossenes Agrargebiet) das «Land der Neubauten» nennt, so müsste noch beigefügt werden, dass recht viele Neubauten jahrelang im Bauzustand oder permanent reparaturbedürftig sind.

Versorgung

Bei Ankauf Reparatur mitbezahlen

Käufer sowjetischer Fernsehapparate müssen gleich die erste Reparatur mitbezahlen. Sie wird zu einem fixen Betrag verrechnet, um den Firmen zu ermöglichen, ihren Garantieverpflichtungen ohne allzu grosse Kosten nachzukommen.

In der UdSSR vermehren sich die Klagen und Kritiken bezüglich der mangelhaften Qualität der Konsumwaren. Als Grund werden neben den bekannten und oft zitierten Unzulänglichkeiten nun auch die veralteten oder ungenügend ausgearbeiteten staatlichen Standards angegeben. Es gibt ungefähr 8000 solche Standards, die aber weitaus nicht alle Rohstoffe und Fertigwaren umfassen. So werden zum Beispiel in der Leichtindustrie nur 53 Prozent der Produkte von den staatlichen Standards erfasst, wobei die Frage der Qualität nur wenig Beachtung findet.

Die staatlichen Standards wurden durch einen Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 10. Juli 1940 eingeführt. Sie verfügen über Gesetzeskraft und sind infolgedessen für alle Betriebe sowie Organisationen bindend. Nach einem Bericht der führenden Wirtschaftszeitschrift «Woprosy Ekonomiki», Moskau (Nr. 1/1963), scheinen aber viele Fabriken diese Vorschriften nicht zu beachten und wollen auch weiterhin mit solchen Produkten auf dem Markt erscheinen, die den modernen Anforderungen nicht nachkommen.

So erzeugen von den 41 Fabriken für Waschmaschinen nur sieben zeitgemässe Modelle. Auch bei den Nähmaschinen sei die Lage nicht viel besser, denn die insgesamt sechs Fabriken dieser Sparte kommen noch immer mit vielen veralteten Typen heraus, die natürlich keinen Absatz finden. Die Lagerhäuser sind gegenwärtig mit 1,3 Millionen unverkäuflichen Nähmaschinen vollgestopft, was für den Staat einen Verlust von 80 Millionen Rubel bedeutet.

Die Qualität der Konsumwaren ist ebenfalls unbefriedigend. Nach einem Bericht der Kontrollkommission des Ministeriums für Binnenhandel mussten allein in der Russischen Föderation (RSFSR) während der ersten Jahreshälfte von 1962 insgesamt 32,7 Prozent der Konfektionswaren, 25 Prozent der Wirkwaren und 32,6 Prozent der Lederschuhe als Ausschuss erklärt oder in ihren Sortimenten reduziert werden. Im Jahre 1960 wurden in Moskau 315 000 Fernsehapparate verkauft, von denen 133 000 noch während der relativ kurzen (6 Monate) Garantiezeit reparaturbedürftig geworden sind. Bei 10 Prozent mussten sogar noch vor dem Verkauf Reparaturen durchgeführt werden. Viele Betriebe schlagen zum Preis gleich noch die Kosten der ersten Garantiereparatur dazu (zum Beispiel bei Fernsehapparaten 8 Rubel). Im allgemeinen sind die Garantiezeiten sehr kurz berechnet: bei Photoapparaten, Fahrrädern, Uhren und Waschmaschinen ein Jahr, bei elektrischen Kühlschränken zwei Jahre, bei Beleuchtungsgeräten vier Monate.

Wissenschaft

UdSSR

«Wunder der Medizin»

Mit teilweise berechtigtem Stolz auf die Leistungen der sowjetischen Medizin schrieb der Naturforscher N. Graschenkow kürzlich in der sowjetischen Fachzeitschrift «Priroda» («Die Natur») über die Genesung des russischen Nobelpreisträgers für Physik (1962) und physikalischen Genies, Lew Davidowitsch Landau, der am 7. Januar 1962 nach einem Autounfall auf der Strasse zwischen Moskau und dem sowjetischen Atomforschungszentrum Dubna mehr tot denn lebendig aus den Trümmern seines Autos gezogen wurde. Graschenkow teilte seinen Lesern mit: «Der hervorragende sowjetische Wissenschafter Lew Landau, der nach einem schweren Autounfall vom Tode gerettet wurde, beginnt nun sein Interesse für physikalische Probleme zu äussern. Wir glauben, dass dieses Interesse von Tag zu Tag wachsen und zur endgültigen Genesung Landaus beitragen wird. Wir können ohne Uebertreibung behaupten, dass die Medizin in diesem Falle ein Wunder vollbracht hat.»

In der Tat ist die Rettung Landaus sensationell. «Die Geschichte von Landaus Ueberleben ist einzigartig in den Annalen der Medizin», liess die amerikanische Aerztezeitschrift «Medical World News» Ende letzten Jahres verlauten. Die sowjetischen Aerzte, die Landau nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus Nr. 50 des Distrikts Timirjasewski (Gebiet Moskau) untersuchten, hatten ihm keinerlei Ueberlebenschancen eingeräumt. Kaum ein Körperorgan des Verunglückten war heil geblieben. Die Aerzte stellten eine umfangreiche Diagnose: Schädelbasisbruch, Gehirnquetschungen, neun Rippenbrüche, Beckenbrüche, Risse der Gallen- und Harnblase, eine Querschnittslähmung, Störungen der Atmung und des Blutkreislaufes, einen Nervenschock und den Ausfall aller Reflexe der Sinnesorgane.

Hundert Aerzte aus der ganzen Sowjetunion und später auch Spezialisten aus Frankreich, Kanada und der Tschechoslowakei wurden aufgeboten, um gemäss der persönlichen Forderung Chruschtschews — «Dieser Mann darf nicht sterben» — den bedeutenden Physiker dem Tod zu entreissen. Viermal starb Landau in klinischem Sinne, und viermal holten ihn die Spezialisten ins Leben zurück. Acht Wochen lag er in tiefer Bewusstlosigkeit und wurde die ganze Zeit über künstlich beatmet und ernährt. Nach der

Ueberführung Landaus in die neurochirurgische Klinik der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften stellte man fest, dass das Sprach- und Gedächtniszentrum im Gehirn des Physikers nicht zerstört, sondern nur blockiert war. Mit Hilfe eines speziellen und äusserst mühsamen Trainings brachten Aerzte, Freunde und Schüler Landaus etwas zuwege, was im allgemeinen kaum oder nur äusserst selten gelingt: sein Gedächtnis, das anfänglich nur auf Anstoss funktionierte (das heisst wenn jemand ihm den Anstoss zu einem Gedanken gab, gelang es Landau, den roten Faden aufzunehmen), kehrte allmählich zurück, obwohl dieser Prozess noch längst nicht abgeschlossen sein dürfte.

Man mag sich fragen, was Chruschtschew veranlasst haben mag, von den sowjetischen Spezialisten Höchstleistungen zu verlangen, um das Leben des genialen Physikers unter allen Umständen zu retten, koste es was es wolle. Eines ist sicher: aus purem Humanismus hat Chruschtschew dies nicht getan. Denn zur selben Zeit starben zahlreiche schwerkranke Menschen in den Gefängnissen der Sowjetunion und der anderen Ostblockstaaten, denen das kommunistische Regime ärztliche Hilfe verweigerte. Die Antwort wird klar, wenn man weiss, womit sich Landau vor seinem Autounfall beschäftigt hat. Landau arbeitete an der Physik der Strahlen und war daran, eine Entdeckung von ausserordentlicher Tragweite durch Experimente zu beweisen. Daneben, mit der linken Hand gewissermassen, beabsichtigte Landau, eine Entdeckung über die Eigenschaften des Helium II, die aus dem Jahre 1937 stammte, auszuweiten und neue physikalische Gesetze über die Eigenschaften von Flüssigkeiten zu formulieren.

Landau gehört zu den bedeutendsten theoretischen Physikern dieses Jahrhunderts. Gleich Albert Einstein ist er ein Naturgenie. Im Alter von 14 Jahren nahm Landau sein Studium der Physik an der Universität Baku auf und promovierte mit 19 Jahren zum Doktor der Naturwissenschaften. Nach zweijähriger Tätigkeit am Leningrader physikalisch-technischen Institut ging Landau ins Ausland, nach Leipzig, Zürich, London und 1933 nach Kopenhagen zu dem weltberühmten Atomphysiker Niels Bohr, der im vergangenen Jahr verstorben ist. 29jährig übernahm der inzwischen zur Berühmtheit gelangte Physiker 1937 die Leitung des Instituts für theoretische Physik in Moskau. Seitdem hat Landau, der sich nie auf ein Spezialgebiet der modernen theoretischen Physik konzentriert hat, auf fast allen Gebieten der theoretischen Physik neue, bahnbrechende und wegweisende Ideen und Theorien produziert. Der heute 54jährige Ordinarius an der Moskauer Lenin-Universität erklärte einmal vor seinen Studenten: «Wer sich in der Physik spezialisiert, versucht geistige Kräfte am falschen Ende zu sparen. Die Natur kümmert sich nicht um die Grenzen zwischen den physikalischen Disziplinen, und je besser unsere mathematischen Hilfsmittel zur Naturerkenntnis werden, desto umfassender wird der Kreislauf der Probleme, auf die wir sie anwenden können.»

Nicht zuletzt erklärt auch der ungewöhnliche Lebenslauf des genialen und vielfach ausgezeichneten Grundlagenforschers der Physik die eminente Bedeutung, die ihm der sowjetische Staats- und Parteichef Chruschtschew beimisst. H. P.

Wirtschaft

Sowjetunion

Chemie-Ausbau mit Westhilfe

Der Ausbau der chemischen Industrie gehört in der Sowjetunion wie in den meisten kommunistischen Ländern zu den Plänen, die im Unterschied zur Konsumgüterproduktion nicht nur propagandistisch ernst genommen werden. Wie Chruschtschew in seiner grossen Rede am XXI. Parteitag der KPdSU (27. Januar 1959) bekanntgab, soll die chemische Produktion bis 1965 auf das Dreifache, darunter die Kunstfaserproduktion auf das Vierfache und die Kunstharzerzeugung auf das Siebenfache ansteigen. Die Produktion von Kunstdünger will man von 12 Millionen Tonnen (1958) auf 35 Millionen Tonnen (1965) erhöhen. Zu der Verwirklichung dieses Planes müssen moderne Verfahren und «hochproduktive Ausrüstungen» eingesetzt werden. Dasselbe bestätigt auch der XXII. Parteitag der KPdSU (31. Oktober 1961), wo die «verstärkte Entwicklung der chemischen Industrie» als eine der «wichtigsten Aufgaben» bezeichnet wurde. Da die sowjetische Maschinenindustrie anscheinend nicht in der Lage ist, die nötigen maschinellen Ausrüstungen zur Verfügung zu stellen, muss nun der Westen einspringen, um die im Ausbau des sowjetischen Wirtschaftspotentials entstandenen Lücken zu überbrücken.

Der westliche Export von Ausrüstungen für die chemische Industrie beläuft sich seit drei Jahren auf über 100 Millionen Rubel jährlich. Grossbritannien und die Bundesrepublik liefern besonders beachtliche Kontingente.

Dass die Sowjetunion mit dem Ausbau ihrer chemischen Werke Mühe hat, ergibt sich aus zahlreichen übereinstimmenden Presseberichten.

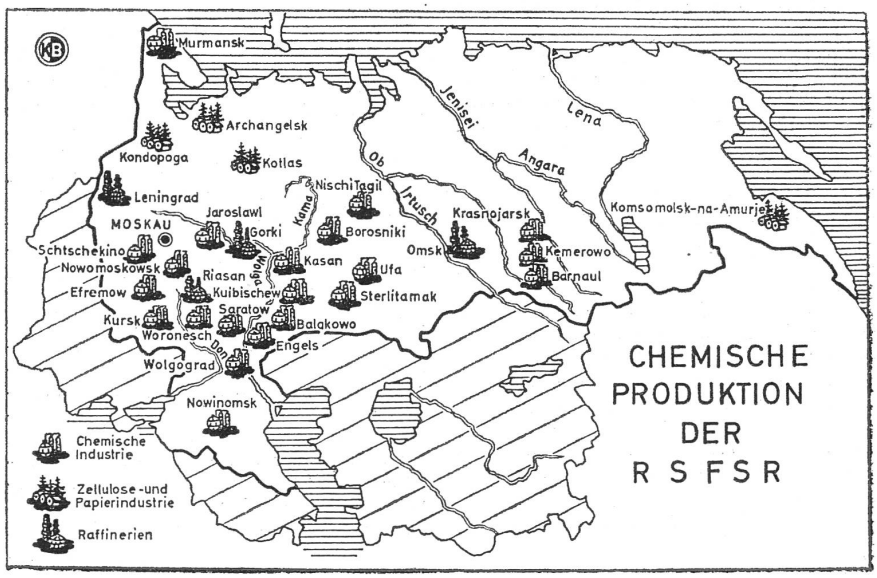
Der Fabrik «Uralgidromasch» wird vorgeworfen, dass die von ihr erzeugten Maschinen und Ausrüstungen für die chemische Industrie von minderwertiger Qualität seien. Die fehlerhafte Konstruktion kann in vielen Fällen erst bei der Inbetriebnahme entdeckt werden, was zu grössten Schwierigkeiten führt. Aus diesem Grund konnte auch die Kaprolaktamfabrik bei Lisica bis jetzt nicht anlaufen.

Zwecks Verarbeitung der neuen Erdöl- und Gasvorkommen in der Baschkirischen ASSR entsteht bei *Salavat* ein grosses *petrochemisches Kombinat*, dessen maschinelle Einrichtungen aus 1300 verschiedenen Betrieben bezogen werden. Ein grosser Teil dieser Betriebe kann aber die eingegangenen Lieferfristen nicht einhalten, besonders was die *Kompressoren* betrifft, deren Produktion laut «Prawda» (17. März 1963) in der ganzen UdSSR schlecht organisiert und teilweise veraltet sei.

Ferner sind viele der zugelieferten Maschinen von *minderwertiger Qualität*, deren Fehler vielmals erst *nach* der Montage zum Vorschein treten. So hatte zum Beispiel die Maschinenfabrik von Sumi (Teil der Fabrik Frunze) 126 Einheiten für die Gasverteilung, ohne jegliche Kontrolle, abgeliefert, die sich dann als Ausschussware entpuppten. 26 dieser Apparate mussten wieder demontiert und in die Fabrik zurückgeschickt werden, bei den restlichen dauerten die Reparaturarbeiten mehr als zwei Jahre. Aehnliche Anschuldigungen erhob man auch gegenüber den Maschinenfabriken von Moskau, Tambov, Penza, Ruzaev usw., sie liefern ohne vorherige Kontrolle. Alle diese Fabriken sind aus Prämiengründen nur an der mengenmässigen Produktion interessiert und überschwemmen die chemische Industrie mit defekten Maschinen.

Von den nicht standardisierten Bestandteilen des Salavater Kombinats hat der zuständige Volkswirtschaftsrat anstatt der benötigten 884 Tonnen bis jetzt nur 242 Tonnen bestellt, was bei den Montagearbeiten zu grossen Verzögerungen führt. So wurden zum Beispiel von Ansatzringen anstatt 10 000 nur 3000 Stück und von Stiften anstatt 180 000 nur 50 000 Stück geliefert.

Diese Erscheinungen haben sich nicht nur in letzter Zeit ergeben, sondern können bereits seit Jahren beobachtet werden, so dass die im Siebenjahresplan (1959—1965) vorgeschriebene dreifache Erhöhung der chemischen Produktion nur mit westlichen Importen verwirklicht werden kann. Dies ist aus nachstehender sowjetischer Importstatistik klar ersichtlich.



Unterhaltung

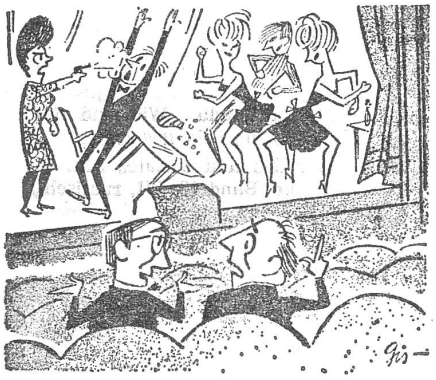
SBZ

Sozialistische Modetänze

Einen Wettbewerb zur Neuschöpfung von Gesellschafts- und Modetänzen haben die Ständige Kommission Kulturelle Massenarbeit des Bezirkstages Magdeburg mit ihren «Aktivs» für Musik und Künstlerisches Volksschaffen zusammen mit dem Rat des Bezirkes und der «volkseigenen» Konzert- und Gastspieldirektion ausgeschrieben. Die zur Teilnahme an dem Wettbewerb aufgeforderten Bürger des Bezirkes sind gebeten worden, bei ihren Vorschlägen für neue Tänze die «Prinzipien der sozialistischen Kultur» zu beachten.

Für die besten Einsendungen sind drei Preise von je tausend Mark und Sachpreise ausgesetzt. Die Neuschöpfungen sollen im Oktober von Magdeburger Tanzkollektivs und Einzelpaaren vorgeführt werden.

In Ungarn wie auch in der CSSR (siehe letzte Nummer) ist der Modetanz nach wie vor der aus dem Westen importierte Twist. Von seinem Erfolg berichtet auch die hier wiedergegebene Zeichnung aus der Budapester satirischen Zeitschrift «Ludas Matyi».



Wie kommt der Twist denn in mein Drama? — Damit auch die Zuschauer in Dein Drama kommen!

(«Ludas Matyi», Budapest)

Landwirtschaft

Polen

Es bleibt alles beim alten

In der polnischen Landwirtschaft, die vorwiegend von selbständigen Bauern betrieben wird und auch zufriedenstellende Ergebnisse zu verzeichnen hat, wird es keine Veränderungen geben.

Die unbedeutende Anzahl von Kollektivgüter nimmt weiter ab, und einer der führenden kommunistischen Funktionäre Polens hat eben erst bekanntgegeben, dass es innerhalb der nächsten Jahre zu keinen Neugründungen von Staatsgütern kommen wird.

Aus den im offiziellen statistischen Organ veröffentlichten Zahlen geht hervor, dass im Jahre 1962 nur 12 neue Kollektivgüter gegründet worden sind, während sich im gleichen Zeitraum 338 bereits bestehende auflösten.

Zum Jahresende hatte es etwa 1558 Kollektivgüter gegeben — ungefähr genau so viel wie Ende des Jahres 1956, als Wladyslaw Gomulkas Rückkehr zur Macht mit einer Massenauflösung von Kollektivgütern begrüsst worden war. Damals war im Verlaufe weniger Monate, die Zahl der bestehenden Kollektivgüter von etwa 10 000 auf etwas weniger als 1500 zurückgegangen.

Dann hatte das Regime gewisse Anstrengungen unternommen, die von Kollektivgütern bewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzfläche zu vergrössern, und es kam zur Gründung einiger hundert neuer Kollektivgüter. In den vergangenen zwei Jahren waren aber immer mehr aufgelöst als neu gegründet worden.

Ende des Jahres 1962 lag die Gesamtzahl der Kollektivgüter um 17 Prozent unter der Zahl des Jahres 1961 und um 25 Prozent unter der des Jahres 1960.

Mit anderen Worten heisst das also, dass immer nur die Kollektivgüter, bei denen das Vieh privates Eigentum geblieben ist, aufgelöst werden. Denn die Viehzucht, individuell betrieben, verspricht doch gute Gewinne.

Die noch vorhandenen Kollektivgüter bewirtschaften knapp ein Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche Polens.

Die offizielle Politik in bezug auf die Staatsgüter läuft auf Konsolidierung und Verbesserung hinaus. Die Staatsgüter bewirtschaften weitere 12 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes.

Auf einer Konferenz der Staatsgüter, vom ZK der polnischen KP einberufen, wurde beschlossen, «die nächsten Jahre nicht an die Gründung neuer Staatsgüter zu denken, sondern die bestehenden erst gründlich durchzuorganisieren».

Tonangebend auf der Konferenz war Politbüromitglied Edward Ochab, einer der einflussreichsten Funktionäre Polens und früherer Landwirtschaftsminister in der Zeit nach 1956.

Vorrang für Staatsgüter-Rentabilität

Einige der bestehenden Staatsgüter könnten jedoch vergrössert werden, indem man ihnen Land aus dem staatlichen Landfonds zuweist.

Die polnischen Landwirtschaftsfunktionäre sehen es als ihre erste Aufgabe an, die Staatsgüter zu sanieren; bisher haben sie stets mit Verlust gearbeitet.

Um die Staatsgüter besser auszustatten, wurden die für sie im ursprünglichen Fünfjahresplan vorgesehenen Investitionen um 6118 Millionen Zloty erhöht. Diese Erhöhung erfolgte im Sinne der Beschlüsse des 12. Plenums des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Von der erwähnten Summe können die Staatsgüter im laufenden Jahr 900 Millionen, im Jahr 1964 mehr als 1,8 Milliarden und die übrige Summe im Jahr 1965 in Anspruch nehmen.

Auch sollen Anstrengungen unternommen werden, die freiwilligen Landwirtschaftszirkel zu intensivieren. Ungefähr 20 Prozent der selbständigen Bauern gehören ihnen an. In Zukunft soll die Mechanisierung auf jene Zirkel konzentriert werden, die sich in der Nähe staatlicher Maschinen-Traktoren-Stationen und Reparaturwerkstätten befinden.

Im Gegensatz zu Polen ist die Landwirtschaft aller anderen Staaten des Ostblocks kollektiviert. Allerdings wird in den meisten Ländern jetzt verstärkt auf die Notwendigkeit der Gewährung materieller Anreize hingewiesen. Auch wird der Produktion auf dem den Kollektivbauern verbliebenen privaten Hofland mehr Beachtung geschenkt. Ein grosser Teil des Fleisches, Gemüses und der Milchprodukte stammt aus der Produktion dieser Nebenwirtschaften.

Emigration als politisches Problem

J. Sz. Das Verhältnis der kommunistischen Regierungen zu ihrer Emigration hat sich während der letzten Jahre grundsätzlich geändert. Vor einem Jahrzehnt wurden sie als eine «reaktionäre» und «sogar» faschistische Delinquentenbande betrachtet, jetzt werden sie in allen kommunistischen Presseorganen als «Landsleute» begrüsst. Der polnische Staatschef nannte in seinem Brief an die holländische Polonia die Auslandspolen «liebe Brüder und Schwestern, die unserem Heimatland so nahe und teuer sind wie die Kinder für die Mütter». (7 dni, 13. Januar 1963.)

Altes Ziel

Diese Aenderung ist die Folge der Taktikänderung in der kommunistischen Kriegführung. Die Erklärungen der Moskauer Konferenzen der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 und 1960 sowie das am 31. Oktober 1961 angenommene Statut der KPdSU lassen keinen Zweifel daran, dass die Verlagerung des Schwerpunktes auf das ideologische Gebiet keineswegs den Verzicht auf das strategische Endziel der kommunistischen Weltherrschaft bedeutet. Dieses Endziel sollte aber, laut neuer Taktik, eher durch «friedliche» Wühlarbeit, durch «friedliche Revolution» erreicht werden. Der Bürgerkrieg wird für den Fall vorbehalten, dass die Bourgeoisie sich weigert, auf die Macht freiwillig zu verzichten.

Neue Methode

Die neue Methode der kommunistischen Kriegführung widmet den Emigranten erweiterte Aufmerksamkeit, selbst bis zur zweiten, dritten Generation.

In letzter Zeit wird die Emigration hinter dem Eisernen Vorhang als ein ausgesprochen politisches Problem betrachtet, während man im Westen bemüht ist, sie als eine rein humanitäre, soziale Angelegenheit aufzufassen. Diese verschiedentliche Betrachtungsart kann unter gewissen Umständen für die freie Welt Gefahren nach sich ziehen, deshalb ist es notwendig, diesem Problem auch vom rein politischen Gesichtspunkt aus gesehen zu prüfen. Die sich mit den Emigranten beschäftigenden Wohltätigkeitsorgane sind bestrebt, den Emigranten seelischen Trost zu bringen

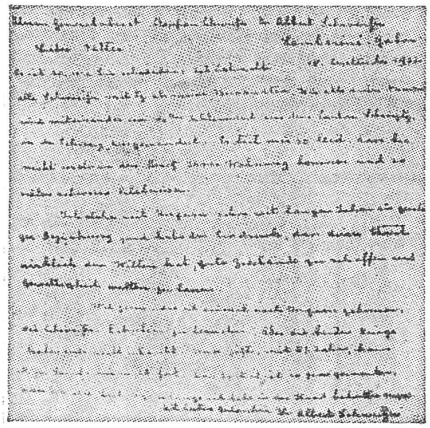
und ihre rechtliche Lage zu regeln. (Vgl. European Seminar on the social and economic aspects of refugee integration. = Report. United Nations, Stockholm, 1960.) Den Machenschaften der kommunistischen Regierungen, welche den Patriotismus der Emigranten (oder gegebenenfalls ihre seelischen oder materiellen Schwierigkeiten) für ihre Zwecke auszunützen bestrebt sind, wird keine Aufmerksamkeit geschenkt.

Seit 1945 wurden mehr als 40 Mio Menschen zu Flüchtlingen, und ihre Anzahl wird ständig steigen. Mit Recht nennt man das 20. Jahrhundert das «Jahrhundert der Heimatlosen».

Zahlreiche Organe wurden in den kommunistischen Ländern ins Leben gerufen, um Kontakte mit der Emigration aufzunehmen oder zu erweitern. Als Zentrum in der Sowjetunion ist das «Komitee für Heimkehr und Entwicklung der kulturellen Beziehungen zu den Landsleuten» tätig, welches in jeder Unionsrepublik (15) eine Filiale und in Ostberlin ein grosses Büro hat.

Schulfall Polen

Die polnische Regierung und Partei stellten eine ganze Anzahl von Organen in den Dienst der Kontaktnahme mit der Emigration. Als Zentrum ist die Gesellschaft für den Kontakt mit den ausländischen Polonia-Organisationen zu erwähnen. Dieser 1955 errichteten Institution wurde zur Aufgabe gestellt, alle Zentren der Auslandspolen, auch in den entferntesten Winkeln der Welt, über «die polnische Wirklichkeit» zu unterrichten. Auch beim Obersten Rat der «Gesellschaft für die Entwicklung der Westgebiete» (TRZZ) wurde eine Kommission für die ausländische Polonia errichtet. Sie hat die polnische Emigration über die geschichtlichen Rechte Polens auf die sogenannten «West- und Nordgebiete» (vor 1956: «zurückeroberten» Gebiete) zu informieren und sie für Zusammenarbeit gegen die Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen. Die Fragen der Emigration werden auch wissenschaftlichen Untersuchungen unterzogen, damit diese für den Dienst des Regimes besser ausgenützt werden könnte. Beim Komitee zur Erforschung der modernen Kultur in der Polnischen Akademie der Wissenschaften wurde eine spezielle Kommission für die Erforschung der Probleme der Auslandspolonia errichtet (TL, 1. Juli 1961); im Posener Westinstitut entstand 1960 eine Sektion für die Auslandspolonia; die Gesellschaft für den Kontakt mit der Auslandspolonia errichtete ein spezielles «Studienbüro» für die Forschung der Tätigkeit der Poloniaorganisationen; in Warschau gibt es einen speziellen Journalistenklub für die Auslandspolonia. Auch in der offiziellen Politik hat die Auslandspolonia Aufnahme gefunden: 1962 wurde eine Unterkommission, im Rahmen der Parlamentskommission für Aussenpolitik, für Poloniafragen errichtet, welche auf offiziellem Wege bemüht ist, die Kontakte zu erweitern (vor allem die «Hilfe» Polens an die Auslandspolonia).



Briefe von prominenten Ausländern, hier von Albert Schweitzer, werden jetzt von der kommunistischen Presse auch dann als «völkerverbindende Stimme» veröffentlicht, wenn sie kein Credo zum «sozialistischen System» enthalten.

In Ungarn gibt es ein, zwischen beiden Weltkriegen gegründetes Organ, der Weltbund der Ungarn, dessen Aufgabe die Pflege der Kontakte zur Emigration ist.

Periodika

Alle diese Organe lassen den Emigranten gratis (oder eventuell auf Abonnements) spezielle Propagandaschriften zukommen. Wir zitieren nur einige dieser Zeitungen aus der Sowjetunion:

«Rodina» («Die Heimat»), Monatszeitschrift in Farbdruck, gegründet 1959, russisch.

«Golos Rodiny» («Die Stimme der Heimat»), erscheint unregelmässig, meist zweiwöchentlich, gegründet 1955. Vierseitig, meist auf Luftpostpapier gedruckt, russisch.

«Tervines Balsas», Propagandazeitung für Litauen, aus Wilno, litauisch.

«Töre Haal», Propagandablatt für Estländer, estnisch.

«Dzimtenes Balss», Propagandablatt für Letten, lettisch.

«Golos Radzimy» («Die Stimme der Heimat»), weissrussisch, gegründet 1955, usw.

Für jede grössere Nationalität Europas und Asiens wird eine, meist zweiwöchentlich erscheinende Zeitung in der Hauptstadt der Unionsrepublik oder autonomen Republik redigiert und (die europäischen) aus Ostberlin (Behrenstrasse 64/65) versandt.

In diesen Zeitungen erscheinen Artikel von zurückgekehrten Emigranten; das Radioprogramm von Moskau oder der entsprechenden Unionsrepubliken, ferner Propaganda über die sowjetrussischen Errungenschaften.

Auch das Warschauer Polonia-Zentrum stellt den Emigranten ein Wochenblatt, «7 dni w Polsce» («Sieben Tage in Polen»), zur Verfügung. Es spielt vor allem mit den nationalen Gefühlen der Auslandspolen und ist bemüht, sie zum Besuch «der alten Heimat» zu bewegen und durch zahlreiche historische Erinnerungen an die jüngste und ältere Vergangenheit die Auslandspolen gegen Deutschland aufzuwiegeln. Ausserdem gibt es noch zwei Monatszeitschriften: «Nasza Ojczyzna» («Unsere Heimat»), die 1959 13 000 Abonnenten hatte und ausserdem auch gratis verschickt wurde, und die polnische Kinderzeitschrift «Wiselka» für die Auslandspolen (gegründet im April 1959). Schliesslich verschickt das Warschauer Polonia-Zentrum spezielle Pressebulletins sowie Artikel und Illustrationen für die Redaktionen der ausländischen Polonia-Presse, wobei — wie behauptet wird — die Artikel gegen den «deutschen Revisionismus» den grössten Anklang haben.

Der Weltbund der Ungarn verschickt ein grosses Wochenblatt: «Magyar hirek» («Ungarische Nachrichten»), an die Emigration, in welchem hie und da ungeschickte Propaganda getrieben wird: grosse Salamivorräte werden in den Geschäften gezeigt, während sich die ungarischen Zeitungen wegen Fleischknappheit beklagen; Artikel und Bilder weisen auf die guten Beziehungen zwischen Staat und Kirche hin, während die Zeitschrift «Vilagossag» gegen die Religion hetzt. Die Zeitung wurde 1947 gegründet, aber erst seit 1958 hat sie in der Propagandakampagne des Regimes einen wichtigen Platz erhalten.

Vaterlandspathos

Da die kommunistische Weltpropaganda von der entsprechenden Abteilung des Moskauer Parteizentrums aus geleitet wird, sind diese Zeitungen inhaltsmässig mehr oder weniger ähnlich. Jedes Organ hat aber seine speziellen Charakterzüge — neben den gleichen Leitmotiven. Als das wichtigste Leitmotiv aller Zeitungen kann man die Propagierung der nationalen Gefühle hervorheben. Während der Nationalismus in allen Parteidokumenten als der grösste Feind des Kommunismus bezeichnet wird, operieren die einzelnen Regime bei der Emigration mit dem Nationalismus. Parteiideologie und innere Propaganda bedienen sich anderer Begriffe des Vaterlandes als die für die Emigranten ausgestrahlte Propaganda. Während das Vaterland offiziell als «ein gegebenes politisches, kulturelles und soziales Milieu» gilt (Lenin: Werke, Band 15, 171, russisch), während die innere Propaganda das Vaterland mit der gegebenen Gesellschaftsordnung identifiziert, ist die nach aussen gerichtete Propaganda bemüht, den Begriff des Vaterlandes zum Boden, zum Gebiet, zur alten Geschichte, zu den alten Sitten zu knüpfen, wobei sie indirekt die «gegebene Gesellschaftsordnung» als den einzigen rechtmässigen Erben der «fortschrittlichen Traditionen» der Vergangenheit darstellt. Ein solches Spiel mit diesem Begriff erlaubte, ja propagierte selbst Lenin (Werke, 23, 27, russisch). Hier liegt unter anderem der Grund, weshalb diese Zeitungen in der Heimat nicht erhältlich sind; die sowjetischen werden sogar meist aus Ostberlin vertrieben. Diese Tatsache weist am besten auf den ausschliesslichen Propagandacharakter dieser Organe hin.

Alle Propadandaschriften sind ferner bemüht, die Emigranten für Besuche in der alten Heimat zu gewinnen, wobei sie sich einerseits in die Kampagne der Wirtschaftsorgane für Devisenbeschaffung einschalten, anderseits die Emigranten für eine dauernde Zusammenarbeit bewegen wollen. Während die sowjetischen Zeitungen hie und da indirekte Aufrufe zur Heimkehr enthalten, haben die polnischen und ungarischen Organe auf eine solche Propaganda verzichtet. Vor zwei Jahren hiess es noch in der «Magyar hirek»: «Die Tore Ungarns sind für alle ehrlichen Landsleute offen.» Bisher sind 40 000 zurückgekehrt (MH 15. Januar 1961). Vor drei Jahren schrieb man noch von «irregeführten» ungarischen Emigranten, die immer Möglichkeit zur Rückkehr haben. Seit Ende 1961 haben solche Anspielungen aufgehört.

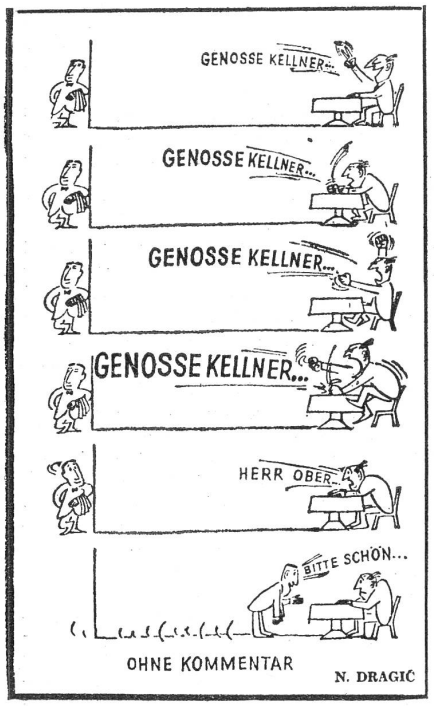
(Fortsetzung folgt)

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 3. April 1963

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.



Titos Genossen

Titos leicht verspäteter Neujahrswunsch betreffend generelle Einführung der Anrede «Genosse» (siehe KB, Nr. 5) hat in Jugoslawien manche guten Vorsätze hervorgerufen, die jetzt anscheinend den Weg aller guten Vorsätze gehen. Das wenigstens ist die Ansicht des Zeichners Dragic, dessen hier wiedergegebene Karikatur in der Zeitung «Vjesnik» erschien. Wie sich die vorschriftsmässige Anrede in Schulen, Staatsbetrieben und Aemtern hält, wo sie leichter kontrollierbar ist als im Gastgewerbe, darüber verlautet noch nichts Bestimmtes. Ausser, dass auch dort Witze zirkulieren.

Der Schnappschuss

In der Tschechoslowakei werden freiwillige gesellschaftliche Planungsstellen in den Betrieben errichtet. Vermutlich planen sie vor allem die «freiwillige gesellschaftliche Aufbauarbeit» (unbezahlte Ueberstunden). Auch ist die neue Institution (die Idee stammt allerdings schon aus dem Jahre 1960) natürlich keine Konkurrenz zur hergebrachten Betriebsplanung, sondern unterstützt vielmehr ihre Verwirklichung. Somit steht ihr tatsächlich ein weites Betätigungsfeld offen, denn im abgelaufenen Jahr wurde das Volkswirtschaftsprogramm in keinem Sektor erfüllt.

*

Budapest ist im Begriffe zu «vergreisen», berichtet die Zeitung «Esti Hirlap». Bis 1980 werde über ein Viertel der Bevölkerung im Pensionsalter stehen.

*

In Polen belief sich laut «Glos Pracy» der Wert der «freiwilligen gesellschaftlichen Aufbauarbeit» für 1962 auf die nicht gerade überwältigende Summe von 2,5 Millionen Zloty. Allerdings ist hier eine Untertreibung denkbar, denn schliesslich könnte das Volk allzu ergiebige Resultate dieser unbezahlten Ueberstunden relativ bitter empfinden.

*

Die rumänische Landwirtschaft hat Mühe mit den Traktoren, deren es nur 54 000 statt der im Plan vorgesehenen 100 000 gibt. Dazu müssten viele der vorhandenen Maschinen repariert werden, können es aber nicht, weil die Ersatzteile fehlen.

*

Tschiang Kai-schek publiziert für die Entwicklungsländer, so beklagt man sich im kommunistischen China, antikommunistische Propagandalektüre — getarnt als Erzeugnisse des Pekinger «Volksverlages».

*

In Heft 3 1963 protestiert die Zeitschrift «Sovjetskaja Justicija» gegen eine Rechtsverletzung im Moskauer Stadtgericht. Das Gericht hörte sich die Anklagerede des Staatsanwaltes an. Den Verteidigern wurde das Wort verweigert. Als Begründung wurde Zeitmangel angegeben. Das ist ein klarer Verstoss gegen Artikel 388 der Strafprozessordnung der RSFSR (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik).

Wenn solche Rechtsverletzungen in Moskau vorkommen, steht zu fürchten, dass sie in der Provinz sehr oft angetroffen werden.

*

In Polen sind im abgelaufenen Jahr 37 000 Mitglieder der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (= KP) entweder aus der Partei ausgeschlossen oder «von der Parteiliste gestrichen» worden. Der Unterschied zwischen diesen beiden Begriffen liegt übrigens darin, dass der Ausschluss eine Sanktion bedeutet, während die blosse Streichung aus dem Verzeichnis meist die «ungenügende Parteireife» des betreffenden Mitglieds bekundet und oft einer zeitlich befristeten Bewährungsprobe nahekommt. Alles in allem aber lässt die hohe Zahl der Entlassungen vermuten, dass 1962 eine stille Säuberung kleineren Umfangs stattgefunden hat. Die Partei zählte zu Jahresbeginn 1,4 Millionen Mitglieder. Somit schieden nicht ganz vier Prozent der Genossen aus.

Curriculum der Woche

FRAU ISTVAN VASS

Präsidentin der neu konstituierten ungarischen Landesversammlung (Parlament.

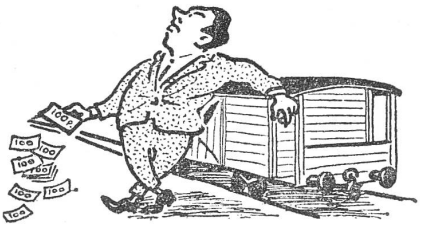
Geboren 1915 in Budafok (bei Budapest) aus Arbeiterfamilie. Seit ihrem 14. Lebensjahr werktätig, erst als Arbeiterin einer Gummifabrik, dann in der Textilindustrie und anschliessend als Schweisserin in einer Emaillefabrik von Budafok. Parteimitglied seit 1939. Nach 1945 Organisatorin der «demokratischen Frauenbewegung», 1947 Funktionärin in der Zentralstelle des Demokratischen Verbandes ungarischer Frauen (der später aufgelöst wurde). 1950 zur «Obersekretärin der Arbeiterbewegung» ernannt.

Ihre parlamentarische Laufbahn (die im kommunistischen System von geringfügiger Bedeutung ist) beginnt 1953 mit der Wahl zur Abgeordneten. 1955 wird sie Vizepräsidentin der Landesversammlung.

Sie ist seit Gründung des Friedensrates (1950) Präsidiumsmitglied dieser kommunistischen Institution und ist eine der Zentralsekretäre der Patriotischen Volksfront (Politische Dachorganisation unter Leitung der KP, insbesondere für die Einheitswahlen tätig).

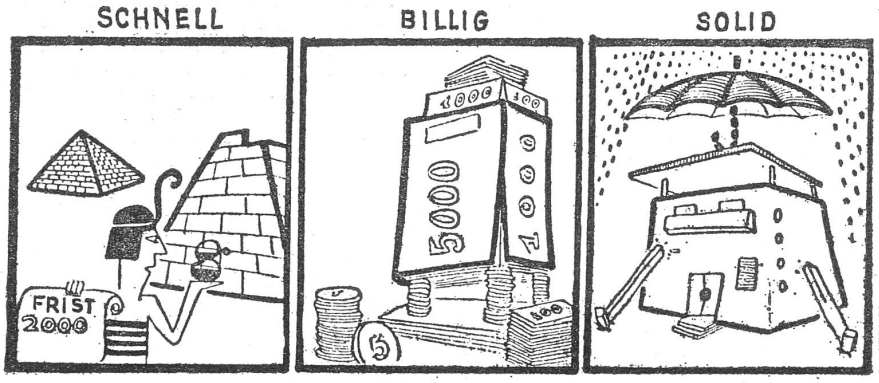
Frau Istvan Vass hat drei Kinder und zwei Enkel.

(«Magyar Nemzet», 22. März.)



Auf dem Abstellgleis

Das Bildchen der «Sowjetskaja Moldawija» zeichnet die sowjetische Transportmisere. Die Güterwagen kommen nicht vom Fleck, weil zu viele Stellen für ihr Fortkommen verantwortlich sind. Die betreffenden Abteilungen erhalten zwar Bussen, aber da es sich dabei doch nur um eine Verschiebung von Staatsgeldern handelt, macht das offenbar nicht genügend Eindruck. So wirft denn in der Karrikatur der Funktionär mit Geld um sich: «Ich zahle gleich doppelt und schlafe dann dafür wieder ein bisschen länger.»



Weniger gut als mit dem Strassenbau (siehe Textteil) geht es in Jugoslawien offenbar mit dem Wohnungsbau. Die Zeichnung aus «Pobjeda» illustriert die beispielhaften Zustände in Titograd.